

bonnbonn

Gesetze und Gesetzentwürfe

– Zum 1.1.1992 trat ein Gesetzentwurf zum *Unterhaltsvorschußgesetz* in Kraft (12/1523, 12/1610). Mit ihm wird die im Osten bislang geltende Unterhaltssicherungsverordnung durch das Unterhaltsvorschußgesetz abgelöst, das den Mindestunterhalt von Kindern unter 6 Jahren für längstens 36 Monate vorsieht. Nach der Novelle soll ab 1993 die Altersgrenze auf die Vollendung des 12. Lebensjahres und die Höchstleistungsdauer auf 72 Monate verlängert werden.

– Ab 1992 wird der *Kinderfreibetrag* von DM 3.024,- auf DM 4.104,- und das *Kindergeld für Erstkinder* von DM 50,- auf DM 70,- angehoben (12/1108).

– Eltern, deren Kinder nach dem 31.12.1991 geboren werden, haben Anspruch auf *Erziehungsurlaub* für 3 Jahre. Nach dem angenommenen Gesetzesentwurf der Koalition (12/1125) wird daneben der Bezug von *Erziehungsgeld* für die Kinder, die nach dem 31.12.1991 geboren werden, auf 24 Monate verlängert.

– Nach einem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion vom 8.1.1992 (12/1818) soll der Tatbestand der *Vergewaltigung* ausgeweitet werden auf Handlungen, bei denen der Täter keine körperliche Gewalt anwendet, aber eine hilflose Lage ausgenutzt hat. Auch sollen in Zukunft anale und orale Penetration darunter fallen. Die Vergewaltigung innerhalb der Ehe soll bestraft werden.

– Für den Fall, daß eine erwerbstätige Frau unverschuldet versäumt hat, den *Arbeitgeber innerhalb der 2-Wochen-Frist über ihre Schwangerschaft zu informieren*, soll eine an sie ergangene Kündigung unwirksam sein, wenn die Mitteilung unverzüglich nachgeholt wird. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor (12/1609).

Anfragen/Anträge

– Abgeordnete der SPD-Fraktion baten in einer kleinen Anfrage (12/1662) um Auskunft, wie die Regierung eine Studie einschätzt, wonach „jährlich 70.000 Schwangerschaften durch einen *Spontanabort aufgrund schädlicher Umwelteinflüsse* enden“. Sie wollten u.a. auch wissen, ob die Gefahrstoffverordnung oder das Chemikaliengesetz hinsichtlich des Gefahrenmerkmals „fruchtschädigend“ geändert und ob ein neues Merkmal „reproduktionstoxisch“ eingeführt werden wird.

– Nach einem Antrag der SPD-Fraktion (12/1835) soll die Hoechst AG beim Bundesgesundheitsamt die Zulassung der *Abtreibungspille RU 486 beantragen*; hierzu müsse der Bundestag das Unternehmen auffordern.

– Auf die kleine Anfrage der SPD (12/1529) teilte die Bundesregierung mit, daß in den beiden ostdeutschen Städten Jena und Greifswald die *RU 486* zum Schwangerschaftsabbruch eingesetzt wurde. Dabei habe sich gezeigt, daß mit zunehmender Schwangerschaftsdauer nach Gabe der *RU 486* dennoch operative Eingriffe zur Abtreibung erforderlich seien.

Ausschüsse

– Der Ausschuß für Frauen und Jugend will den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur *Reform des Namensrechts* (12/617) erst beraten, wenn auch die Bundesregierung ihren Entwurf zur Reform vorgelegt hat.

– Obwohl Frauen in den neuen Bundesländern 61,7% aller Arbeitslosen stellen (in den alten Bundesländern 48%), sind *Frauen im ABM-Bereich* in der Minderheit, wie sich aus den Eckdaten für den Arbeitsmarkt ergab, die Minister Blüm im Haushaltsausschuß nannte.

– Vor einem Votum zum Bericht der Enquete-Kommission „*Chancen und Risiken der Gentechnologie*“ (11/8520) will der mitberatende Gesundheitsausschuß eine für Januar geplante Anhörung abwarten.

– Der Petitionsausschuß hält eine verstärkte *Beteiligung von weiblichen Justizkräften*, vor allem bei Strafverfahren, in denen gegenüber Frauen begangene Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erörtert werden, für erstrebenswert. Die Abgeordneten beschlossen, zwei in diesem Zusammenhang vorliegende Petitionen der Bundesregierung „als Material“ zu überweisen.

– Den Bericht der Bundesregierung über die *Berufung von Frauen* in Gremien, Ämter und Funktionen, auf deren Besetzung die Bundesregierung Einfluß hat (12/594), der aufzeigt, daß die Frauen hier weiterhin erheblich unterrepräsentiert sind, hat der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Kenntnis genommen.

– Im Sonderausschuß „*Schutz des ungeborenen Lebens*“ gab die Bundesregierung an, die *kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln* würde die Allgemeinheit über eine Milliarde DM kosten. Diese Zahl wurde von der SPD- und der FDP-Fraktion in Zweifel gezogen. Nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion kommt allenfalls eine kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für junge Frauen bis 25 Jahre bzw. bis zum Ende der Ausbildung in Betracht.

Sonstiges

– Wie ein Vertreter des Justizministeriums mitteilte, beabsichtigt die Bundesregierung, den bloßen Besitz von *kinderpornographischen Abbildungen* unter Strafe zu stellen.

– Dies wird auch von der Kinderkommission als notwendig festgestellt, wo auch über die im interfraktionellen Antrag zur *Kinderpornographie* (12/709) vorgesehene Erhöhung des Strafmaßes auf 3 Jahre debattiert wurde.

– Der Bundestag hat am 23. Januar die Unterrichtung der Bundesregierung über *maskuline und feminine Personenbezeichnungen in der Rechtssprache* in erster Lesung behandelt. Dabei handelt es sich um einen Bericht der Arbeitsgruppe Rechtssprache vom 17.1.1990, in dem detaillierte Formulierungen in Gesetzen und Verordnungen vorgeschlagen werden (10/1041). Die Expertengruppe hat zwar eine größere sprachliche Sensibilität wahrgenommen, aber auch eine sprachliche Verunsicherung festgestellt. Der Bericht wurde an den Ausschuß für Frauen und Jugend überwiesen.